

**Abstimmungskomitee des ökologisch-sozialen Spektrums
gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum**

EWR - Pressedienst

Inhaltsverzeichnis	Seiten
Zum Weg der Schweiz von Otto F. Walter, Schriftsteller, Solothurn	1 - 4
Der EWR wird den echten Herausforderung nicht gerecht von Nationalrat Andreas Gross, Zürich (GPS)	5 - 6
EWR-Beitritt: Die grosse Illusion oder Demokratieabbau ist Rückschritt von Nationalrätin Rosmarie Bär, Bern (FL/GPS)	7 - 8

*In **Beilage** erhalten Sie eine Komitee-Mitglieder-Liste.*

28. Oktober 1992 / Nr. 3

*Sekretariat: Marienstrasse 11, 3005 Bern
Tel. 031 44 14 41 - Fax 031 44 14 08*

EWR-Beitritt - der falsche Weg:

Zum Weg der Schweiz

Von Otto F. Walter, Schriftsteller, Solothurn

Wenn ich als Bürger des Raumschiffs Erde irgendwo dazu gehöre, dann zu diesem Land. Wenn ich, etwa durch die Literatur mit den Kulturen der einen Welt selbstverständlich verbunden, irgendwo meine Herkunft, meine roots habe, dann hier. Das Ja zur eigenen Geschichte und patrie - ist es nicht geradezu Voraussetzung des Ja zum Lebensrecht in Freiheit **aller** Lebenden und **alles** Lebendigen? Bin ich ein Patriot? Mag sein. Was ich weiss: ich bin diesem Land, das vier europäische Kulturen vereint, in herzlicher Opposition um nicht zu sagen Dissidenz verbunden. Was ich weiss: hier habe ich gelernt, Demokrat zu sein - kritischer Demokrat, der nicht für den oft genug verluterten Ist-Zustand plädiert aber: für Prinzip Demokratie als Prozess; er hätte zu führen von unserer immerhin halben hin zur ganzen Demokratie.

Weltweit und europaweit und hier, wo wir zu handeln haben, stehen die Zeichen auf Sturm: Da ist die fundamentale Krise unserer postindustriellen Produktion. Da sind die desastergleichen Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten zwischen sogenannt erster, zweiter, dritter Welt. Da ist ein Grad an Zerstörung der natürlichen Mitwelt durch uns erreicht, der nachgerade Todesgefahr signalisiert für alles Lebendige.

Damit sind wir im Zentrum des EWR-Vertrags.

Was hat er, was hat unsere Vertragspartnerin EG an Antwort bereit? Genau das uralte, das verhängnisvolle Rezept, das am Ursprung liegt der Katastrophe: Wachstum Wachstum - um jeden Preis: Wachstum durch Deregulierung; durch noch mehr Zentralismus; noch mehr Hierarchie; noch mehr Mega-Staat - verblender, oder mit einem Wort: patriarchaler geht's nicht.

Dass das Schweizer Volk zur Zeit mehrheitlich mit dem Taschenrechner die etwa fünfzig Vor- und sechzig Nachteile ermittelt - jeder, jede für sich - auch das muss ja wohl sein. So wissen wir dann, was der Vertrag uns bringt. Nur: Ist uns auch **bewusst**, was der Vertrag bedeutet? Staatspolitisch bedeutet?

Ich bin Demokrat. Über drei zentrale Bereiche unseres Zusammenlebens - Wirtschaft, Soziales, Umwelt - wird künftig - geht es nach dem Vertrag - in Brüssel entschieden, durch uns unbekannte Männerriege. Sie entscheiden hinter verschlossenen Türen. Sie entscheiden endgültig. Nicht mehr also soll für diese drei Bereiche gelten, was wir unter Demokratie verstehen. Unser Recht auf Mitgestaltung wird hier ausser Kraft gesetzt. Weder Bundesrat noch Parlamentarier werden mehr gezwungen sein, uns zu erklären, warum ein Gesetz so und nicht anders nötig sei. Sie werden uns nicht mehr überzeugen müssen, um unter uns eine Mehrheit zu finden. Für rund einen Drittel der Gesetze werden sie nicht mehr zuständig, werden sie schlicht nicht mehr behaftbar sein. Und sie werden nicht mehr zittern müssen vor dem Einspruch des Volkes, vor dem Einspruch der Minderheiten durch Referendum und Initiative. Kurzum: Der Prozess der Gesetzgebung über das, was wir künftig wirtschaftlich, was wir zu wesentlichen Teilen auch sozial- und umweltpolitisch zu tun und zu lassen haben, wird unserer Politik, mithin: der polis, unserer Öffentlichkeit, unserer politischen Aktion, ja, unserer Verantwortung entzogen sein. Politik ohne öffentliche Ausmarchung - Widerspruch in sich. Nach einer solchen Selbst-Entmachtung des Souveräns, des Parlaments, des Bundesrats dann also auch die Entmachtung - tendenziell - der vierten Gewalt im Staat, der Medien? (Im Fall Fichen-Skandal z.B. haben sie immerhin präzise ihre Funktion erfüllt).

Hut ab vor Monsieur Delors. Der EWR-Vertrag ist ein Meisterstück - für die EG. Er schafft 1. Ein Europa der 3 Klassen; er schreibt 2. der EG alles gesetzgeberische Recht, den Efta-Staaten das kaum praktikierbare opting-out, aber keinerlei Rechtsetzungsrechte, keinerlei Mitgestaltungsrecht zu; er zwingt uns 3., der bestehenden 10'000-seitigen EG-Gesetzessammlung tel quel Gesetzeskraft zuzugestehen; er zwingt uns 4., auch künftig tausende von EG-Richtlinien, ohne dass wir sie kennen könnten, heute zu übernehmen; 5. er entzieht 30% der Gesetzgebung im Efta-Raum - wir sahen: auch bei uns - der öffentlichen demokratischen Willensbildung; er ist 6. angelegt als Rutschbahn; wer sie besteigt, landet unweigerlich in der EG-Mitgliedschaft. - Ein Meisterwerk? - Ernsthaft: Wie um alles in der Welt sollen wir diesen EWR-Vertrag nennen? Vor-demokratisch? Vor-konstitutionell? Neo-feudalistisch? Signal für den Aufbruch in die Post-Demokratie? Wie ihn nennen, der uns einige wirtschaftliche Vorteile zwar verspricht, die aber bei genauerem Hinsehen wenig mehr sind als wolkige Hoffnungen am Horizont - Prognosen, deren Erfüllung der

Vertrag uns selbstverständlich nicht garantieren **kann**? Wie nennen das Denken, das diesen Vertrag erfüllt? Ist es nicht jener altbekannte Geist, der stets nur Wachstum will und gerade so die Sachzwänge schafft, die nur wieder durch neues Wachstum beseitigt werden sollen?

Nochmal: Ist uns Schweizerinnen und Schweizern tatsächlich bewusst, worüber wir am 6. Dezember abstimmen werden? Vorausgesetzt, es ginge schon im Vorfeld demokratisch zu, so müssten, wie ich meine, mindestens sechs Grundsatzfragen offengelegt und offen unserem Ja oder Nein vorgelegt werden - beispielsweise und für den Stimmzettel:

Stimmen Sie der zusätzlichen Dominanz der freien Marktkräfte über die Politik zu - Ja? Nein? - Stimmen Sie der Abschottung Westeuropas gegen die armen Länder des Südens und Ostens zu - Ja? Nein? - Stimmen Sie der Beschleunigung einer Entwicklung zu, die die Grossen grösser und reicher, Frauen, Mittelstand, Gewerbe, Landwirtschaft, Unterschicht aber ärmer macht - Ja? Nein? - Wollen Sie ein beschleunigtes Anschwellen der Verkehrsströme mit der Folge zusätzlicher Zerstörung von Energiegütern, Lebensräumen und natürlichen Lebensgrundlagen - Ja? Nein? - Stimmen Sie dem Prinzip Deregulierung gleich Entsolidarisierung um den Preis verschärften Konkurrenzdrucks auch am Arbeitsplatz, verschärften Drucks auf Löhne und Arbeitsplätze zu? - Schliesslich: Stimmen Sie dem Abbau Ihrer Volksrechte durch ein Ja zum EWR-Vertrag zu - Ja? - Nein?

Ich bin Demokrat. Deshalb zu dieser letzten Frage - sie zielt immerhin auf die eigentlichen **essentials**, auf die staatspolitisch höchsten Rechtsgüter unserer Konfoederation. Am 6. Dezember haben wir sie zu beantworten - nur: sie wird nicht gestellt sein, nicht offen ausgewiesen, sowenig wie die anderen hier formulierten. Nur die eine so schlicht daherkommende Frage wird uns gestellt sein, jene, ob wir dem Abschluss des EWR-Vertrags mit der EG zustimmen - Ja? Nein? Mich bewegt das Problem. Ist dieses zu befürchtende Vorgehen staatsrechtlich erlaubt? Erlaubt, dass wir mit der Beitrittsfrage gleich auch und in **einem** Aufwasch alle Fragen, die darin verschwiegen und versteckt und verpackt sind, beantwortet haben werden? Erlaubt und weit wichtiger noch: sittlich verantwortlich im Umgang der Behörden mit uns Stimmbürgerinnen/Stimmbürger? Ich bitte Sie: bringen Sie die Problematik dahin, wohin sie gehört: in die Öffentlichkeit. (Die Auskunft von Bundesrat Koller, die Volksrechte dürften auch den Europa-Gesetzen gegenüber ausgeübt

werden, nur leider hätten sie da keine Wirkung - Eurolex geht vor - ist ja wohl keine Antwort - ein makabrer Treppenwitz. Oder staatsmännische Kunst in des Wortes schlimmster Bedeutung?)

Stellen wir fest: In keinem anderen Land müssen die Stimmenden für das Ja zum EWR - erst recht zur EG - einen so hohen Preis bezahlen wie wir hierzulande; in keinem anderen - weil sie solche Volksrechte nicht haben.

Können Sie jetzt einige der Gründe verstehen, warum ich, warum wir hier keinerlei Neigung verspüren, zu **dieser** Europafähigkeit heranzureifen?

Schliesslich und kein Zweifel: Wir alle, hier und auf dem Planeten heute, brauchen eine Wirtschaft, die gedeiht - mitsamt der Arbeit, die ja wohl neu verteilt werden muss; mitsamt den Steuergeldern. Ein Marsch der CH-Wirtschaft in den EWR aber gaukelt Blüte nur vor. Die Methoden entfesselter Marktfreiheit ohne Ethik haben uns ins Schlamassel geführt. Die EWR-Ideologen auch unter Gewerkschaftsbossen glauben noch immer, die Potenzierung eben dieser Methoden führe uns wieder hinaus, wenigstens uns in Europa als Block. Sie wollen nicht erkennen, noch immer nicht, auch Unternehmerfreiheit hat dort aufzuhören, wo der Nachbarsgarten beginnt. Der Nachbarsgarten: das ist heute die Erde; und immer ist er die Freiheit des und der Anderen.

Von den Sturmzeichen war hier die Rede. Der Weg der Schweiz - ist sie nicht ein Produkt der ersten Aufklärung - muss heute in den zweiten grossen Schritt führen: zur Gesellschaft der Teilnahme auf Gegenseitigkeit. Dieser ganzheitlichen Partizipation werden nicht nur wir angehören, nicht nur wir in Europa, nicht nur wir in der Kultur des Weissen Mannes, sondern alle, aller Kontinente, und mehr: in diese Partnerschaft werden die Fische, die Vögel, die Luft, werden das Wasser, die Wälder und selbst noch die kleinste Laubschnecke aufgenommen werden müssen - wenn denn Wohlfahrt in Friede werden soll auf der einen Welt. Der Weg der Schweiz, selbstbewusst, selbstbehauptet, wird gegangen werden: in solch ethisch-politischer Grundhaltung Schritt für Schritt in ein noch fernes demokratisiertes Europa der Regionen, weltweit vernetzt und solidarisch mit allem Lebendigen. Oder es wird auch ihn, den Weg, nicht mehr geben.

EWR-Beitritt - der falsche Weg:

Der EWR wird den echten Herausforderungen nicht gerecht

Von Nationalrat Andreas Gross, Zürich (SP)

Am 6. Dezember 1992 kann nicht zusammen kommen, was zusammen gehört: Die Schweiz hat bei den kommenden Volksabstimmung nicht die Chance, einen Entscheid auf der Höhe der Zeit zu treffen und der Herausforderung Europas wirklich gerecht zu werden.

Die epochale Bedeutung der "Europafrage" liegt in der Erkenntnis, dass der Staat zur Lösung der grossen, existenziellen Probleme der Zukunft zu klein geworden ist. Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen machen den Transfer von staatlicher Souveränität auf die transnationale, europäische Ebene absolut notwendig.

Die politische Herausforderung der "Europafrage" liegt in der transnationalen Weiterentwicklung der Demokratie, in der Demokratisierung Europas. Der Staat ist zwar für die grossen Probleme zu klein geworden, doch die Errungenschaft des Staates, die Demokratie, darf auf dem Weg nach Europa nicht verloren gehen. Nur wenn wir die Demokratie aus ihrer Verknüpfung an den Staat lösen können wir gewährleisten, dass mit der staatlichen Souveränität nicht auch die Souveränität der Bürgerinnen und Bürger erodiert.

Erst eine Demokratisierung Europas und eine Europäisierung der Demokratie verhindern, dass die Demokratie banalisiert und die für jede soziale Reformpolitik elementare Handlungsmacht der Bürgerinnen und Bürger geschmälert werden.

Die EG hat dies dank den Referendumsabstimmungen in Dänemark und Frankreich erkannt. 1992 wird als das Ende des "technokratischen Despotismus" (Le Monde) in die Geschichte der EG eingehen. In Brüssel werden bereits Reformen ausgearbeitet, wo die Regierungschefs der EG-Länder in Birmingham sich vorerst mit verbalen Deklamationen begnügten. Wirklich Remedur schaffen wird allerdings erst eine verfassungsgebende

Versammlung Europas, wozu es allerdings noch viel Druck "von unten" braucht, beispielsweise durch neue transnationale, soziale Bewegungen wie eurotopia.

Der EWR-Vertrag hinkt seiner Zeit auch in dieser Hinsicht weit hinten nach. Er kapituliert vor den politischen Herausforderungen und beschränkt sich auf den Markt und das Geschäft. Doch genauso wie ein Marktplatz noch keine Stadt ausmacht, ist Europa mehr als ein Binnenmarkt, Freiheit mehr als die Handels- und Gewerbefreiheit, und gilt Solidarität nicht nur lohnarbeitenden Menschen der westlichen Hälfte Europas.

Eines muss man dem EWR-Vertrag allerdings lassen. Er entspricht haargenau jener merkantilistisch-eigennützigen Weltsicht, wie sie die offizielle Schweiz seit dem Krieg gepflegt hat: Die Welt interessiert diese Schweiz nur insoweit, als sie mit ihr ein Geschäft machen konnte. Jetzt fürchtet diese Schweiz, beispielsweise die FDP, um "ihren" Markt und gibt diesen als "Europa" aus.

Soll jetzt auch die Linke ohne Selbstvertrauen und Zuversicht in die eigenen Handlungsfähigkeiten dem reduktionistischen, ebenso offiziellen wie ökonomistischen Projekt auch noch zustimmen, weil die linke Alternative mehr Kraft, Engagement und vor allem auch ein neues Denken über die alten Grenzen hinaus erfordert?

Dem Bundesrat fehlte vor zwei Jahren der Mut, die Fehlkonstruktion EWR als solche zu erkennen und fallen zu lassen. Dafür hatte er im Mai dieses Jahres den Mut, ein Gesuch um die Aufnahme von EG-Beitrittsverhandlungen zu stellen. Denn erst die gleichberechtigte Mitgliedschaft in einer demokratisch weiterentwickelten EG bietet der Schweiz die Chance einer echten Integration.

Deshalb plädiere ich für ein Nein zum unausgewogenen EWR und arbeite weiterhin zusammen mit anderen Europäerinnen und Europäern an einer politisch, wirtschaftlich, sozial und ökologisch ausgewogenen Form der europäischen Integration, welche den Herausforderungen und Erfordernissen unserer Zeit gerecht wird.

EWR-Beitritt - der falsche Weg:

EWR-Beitritt: Die grosse Illusion oder Demokratieabbau ist Rückschritt

Von Nationalrätin Rosmarie Bär, Muri b. Bern (FL/GPS)

"Beitreten, um dabei zu sein. Hineingehen, um zu verändern. Mitmachen, um mitzuentcheiden". Landauf, landab wird mit diesen "Argumenten" für den EWR-Beitritt geworben.

Schön wär's, wenn wir mitsprechen und mitentscheiden könnten. Selbstverständlich und normal müsste das sein. Nur partnerschaftliche Zusammenarbeit hat Zukunft, davon sind wir überzeugt. Beim EWR ist und bleibt diese Selbstverständlichkeit eine Illusion. Wir haben kein Mitentscheidungsrecht. Mit dem EWR müssen wir Ja sagen zur Übernahme von Rechtsakten, die wir noch gar nicht kennen und bei deren Ausarbeitung wir nicht mitentscheiden können.

Ich glaube nicht, dass die Herren Bundesräte und Staatssekretäre als Privatpersonen einen Vertrag unterzeichnen würden, der dem Partner das Recht einräumt, den Vertrag jederzeit einseitig abzuändern. Der EWR ist und bleibt ein einseitiger Vertrag, ein Blankocheck. Er ist ein Wirtschaftsvertrag, stellen die Befürworter beschwichtigend fest. Aber mit negativen staatspolitischen Auswirkungen, muss mit aller Deutlichkeit festgestellt werden.

In wichtigen Fragen werden wir in Zukunft unsere Gesetze von Brüssel geliefert bekommen. Das ist die Selbstentmachtung der Politik. Die faktische Abschaffung des nationalen Parlamentes als gesetzgebende Behörde in wesentlichen Bereichen führt zu einem Verlust an Transparenz und Öffentlichkeitskontrolle.

Im Endeffekt verkommt die Politik zur Verwalterin eines Wirtschaftsprozesses, der sich die Ziele selber setzt. Der Weg zum Zentrum der Macht wird noch länger und undurchsichtiger. Rechtzeitig ein Problem öffentlich thematisieren wird noch schwieriger. Die Politik der vollendeten Tatsachen wird noch grössere Gebiete beschlagen als bisher schon.

Bundesrat und Parlament können sich aus der Verantwortung schleichen. Für alles was aus Brüssel kommt, sind wir nicht verantwortlich, und in Brüssel selber können wir niemanden behaften.

Je weiter weg die Entscheidungsebene, je undurchsichtiger und abgeschlossener die Entscheidungsprozesse, je weniger kann die von den Entschieden betroffene Bevölkerung partizipieren. Politik muss der Lobbyisten-Gilde überlassen werden.

Dass Banken, Wirtschaftsverbände und die Industrie die institutionellen Mängel des EWR so gelassen in Kauf nehmen, macht mich hellhörig. Der Wirtschaft bringt die Brüsseler Bürokratie offensichtlich mehr als unsere Volksrecht ihr

bringt. Ich habe mich bei der Frage erappt, ob diese Kreise gar nicht unglücklich sind über die Einschränkung der Volksrechte. Es sind ja dieselben, die gegen den sog. "Rechtsmittelstaat" wettern. Sie bekommen in Zukunft direkt aus Brüssel, was ihnen dient, und die anderen können sich nicht mehr dagegen wehren.

Wir dagegen sind der Meinung, dass im Zeitalter der Risikogesellschaft die Handlungs- und Entscheidungsebene der Bevölkerung und der von ihr gewählten Parlamente nicht eingeschränkt werden darf. Was wir in den letzten Jahrzehnten mühsam erkämpft haben, wollen wir ausbauen, nicht uns nehmen lassen.

Der Friedensgedanke, der Grundgedanke der europäischen Zusammenarbeit, kann nur durch Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen gestärkt werden, nicht durch Abkoppelung der Menschen. Ein Mitwirken am Aufbau des europäischen Hauses ist mit dem EWR nicht möglich. Deshalb sage ich Nein zum undemokratischen EWR.

**Abstimmungskomitee des ökologisch-sozialen Spektrums
gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum**

EWR - Pressedienst

Inhaltsverzeichnis	Seiten
Ein Volk, das im EWR nicht existiert ... von Mariella Mehr, Schriftstellerin, Tomils	1 - 4
Wirtschaftspolitik auf dem Buckel der sozial Schwachen von Christine Goll, Nationalrätin, Zürich (FraP)	5 - 6

Unterstützen Sie mit uns das Fest, welches am 18. November 1992 mit Linard Bardill, Mariella Mehr, Gusti Pollak und anderen Kulturschaffenden im Kongresshaus Zürich stattfindet.

Organisation: Zürcher Regenbogenforum gegen EWR- und EG-Beitritt.

4. November / Nr. 4

*Sekretariat: Marienstrasse 11, 3005 Bern
Tel. 031 44 14 41 - Fax 031 44 14 08*

EWR-Beitritt - der falsche Weg:

Ein Volk, das im EWR nicht existiert ...

Von Mariella Mehr, Schriftstellerin, Tomils

Man muss derzeit über eine dicke Haut verfügen, will man sich zu seinem Nein zum EWR öffentlich äussern. Kopfschüttelnd entnehme ich Carlo Schmid christlichen, aber deswegen nicht weniger brillantem Lästermaul, mit der Rechten und Ultrarechten auf Du und Du zu stehen. Nicht weniger konsterniert vernehme ich von SP-Chef Bodenmann - der offensichtlich den Boden mit der Kanzel vertauscht und dort oben seine ausgeprägteste Neigung, die zum Prediger, neu entdeckt hat - konsterniert also vernehme ich aus dem Wallis, zu den Ewiggestrigen zu gehören, ein Hemmschuh für Fortschritt und Entwicklung in Europa. Wer gegen den Nationalismus, gegen den sich immer ungenierter gebährenden Rassismus auch in der Schweiz, wer gegen soziale Ungleichheiten sei, für die soziale Sicherheit, gegen Krieg und für den Frieden, der könne sich, die könne sich dem zukünftigen Europa nicht verschliessen. Wage ich es trotzdem, unterstütze ich die "Blocherclique", Blocher, zur Zeit Feind Nummer eins des wackeren Wallisers, Angehörige einer sozialen Kaste, die in der Tat aus Brüssel keine wesentlichen Nachteile zu erwarten hat, es sei denn, man wohne nicht standesgemäss, so dass einem künftig die Vierzigtöner durchs Schlafzimmer donnern müssten oder sich die sprichwörtliche Wanderfreude beider nur mehr dank Gasmasken und Pharmaerzeugnisse erhalten liesse.

Europa ohne Rassismus, ohne Blut- und Bodenideologien, ohne Krieg, davon hat Schuhmann nach dem vorletzten, verheerenden Krieg in Europa laut geträumt. Die Sozialisten, auch die hiesigen, blieben ihm die Gefolgschaft schuldig, verpassten eine einmalige, historische Chance, während sie der Arbeiterschaft Medaillon um Medaillon auf die Teller zauberte, um den Preis eines Pakts, den man fälschlicherweise noch heute Arbeitsfrieden nennt. Diese Arbeiterschaft nennt sich heute Mittelstand, und dieser Mittelstand wird die Folgen eines falschen gewinnorientierten, geldgeilen Europakonzepts als erster zu spüren bekommen, stolpert, von den Sozialdemokraten einmal mehr verraten, geradezu blindlings in Loch während selbige Sozialdemokratie, die uns ewiggestrigen Trämerinnen einen Pakt mit dem Teufel unterstellt, ihren

Pakt mit denselben, villen- und geheimkontenstarken Kreisen, die seinerzeit den Arbeitsfrieden so sehr herbeiwünschten, erneut. Und die heute hinter verschlossenen Türen an einem Europa basteln, das unmenschlicher nicht aussehen könnte. Der letzte Krieg gegen die sozialistische Idee findet ausgerechnet dort statt, wo er vor über vierzig Jahren von den Sozialisten selbst hätte verhindert werden können. Wer geht denn da nun unheilige Allianzen ein? Fragen wird man ja wohl noch dürfen, odäärrr?.

Da einem das eigene Hemd bekanntlich am nächsten ist habe ich mir das zukünftige Europa mit dem Blick des fahrenden Volkes in eben diesem Europa angeschaut, mit dem Blick der Roma, Sinti, der Kalderasch oder Giatanos, der Manouches, Lovari, oder mit dem Blick meines eigenen Stammes, der Jenischen, eine Minderheit von rund 3 Millionen Menschen allein in den zukünftigen EWR-Staaten. Was erwartet uns in diesem Europa, das angeblich Kriege verhindern (wie jener in Jugoslawien, den es selbstredend nicht verhindert hat, geschweige denn beenden kann) und ein Bollwerk gegen jedwelche Art von nationalistischen und rassistischen Exzessen (laut BefürworterInnen aus dem sozialistischen Lager) sein will?

Vorweggenommen sei, dass es uns in diesem Kontext gar nicht gibt. Das EWR-Recht ist auf die Bedürfnisse grundsätzlich sesshafter Bevölkerungsgruppen zugeschnitten, die sich künftig wohl freier bewegen dürfen, nichts desto trotz aber weiterhin sesshaft leben werden. Wollten wir von diesem kleinen EWR-Freiheiten profitieren, müssten wir in der sesshaften Bevölkerung aufgehen, d.h. kulturelle Eigenheiten und Traditionen über Bord werfen, oder aber über ein Bankkonto verfügen, das eh jedem Besitzer, jeder Besitzerin, auch ohne EWR alle Türen öffnet. Für die Staatenlosen unter den letzten Nomaden Europas - in der Schweiz lebt noch heute eine Sintofamilie, der die Flucht aus dem Nazideutschland im letzten Moment gelang, ohne Pass, dafür aber mit einer jährlich zu erneuernden, provisorischen Aufenthaltsbewilligung - gelten auch diese Freiheiten nicht. Staatenlose dürfen sich weiterhin nur innerhalb ihres Gastlandes frei bewegen. Doch auch diese nationale Freiheit unterliegt Gesetzen der Willkür, die sich gegen die am meisten und härtesten Ausgegrenzten in Europa die ZigeunerInnen, richtet.

Die Tatsache, dass wir in den Richtlinien dieses zukünftigen Europas, weder als mögliche EWR-Partnerinnen noch EG-BewohnerInnen, nicht existent sind, lässt uns, die doch sonst seit jeher von fremden Gesetzen regiert und schickaniert

wurden, noch Schlimmeres befürchten. Was beispielsweise geschieht, wenn auch Romas von der neuen Reisefreiheit Gebrauch machen und sich beispielsweise in der Schweiz umsehen wollen? Schon jetzt müssen Roma und Sinti, vor allem im deutschen Nachbarstaat, als Sündenböcke für alles und jedes herhalten, werden ihre Unterkünfte abgefackelt, Menschen zigeunerischer Herkunft an Leib und Leben bedroht. Wie geht ein zukünftiges Europa mit diesem immer offener verübten Verbrechen, ja, mit Pogromen dieser Art um, wenn die Opfer solcher Pogrome in ihren Papieren nicht einmal existent sind? Was wird die Schweizer Regierung solchen verbrecherischen Übergriffen entgegenhalten, bringt sie es doch noch nicht einmal fertig, mit den einheimischen Fahrenden ein wirklich unverkrampftes partnerschaftliches Verhältnis auszubauen? "Zigeuner sind Schweine, sie sind keine Menschen", diktierte kürzlich ein aufrechter Teutone ungestraft ins Mikrofon einer französischen Journalistin. Was haben wir von einer europäischen Gesellschaft künftig zu erwarten, die solches unwidersprochen zulässt? Man wird wieder einmal zu falschen Mitteln greifen, dem "Druck der Bevölkerung", wie es so schön heisst, nachgeben, auf dass die Bestie, im Grunde längst aufgeweckt, angeblich weiterschlafe, Sondergesetze austüfeln, sie dem aufkommenden Freiheitsdurst der ersten wirklichen Europäer entgegenstellen, dass da nicht zusammenfinde, was nicht zusammengehört.

Sondergesetze? Hatten wir doch schon mal, nicht wahr, vor 60 Jahren, für Juden und Zigeuner und sonstiges, volksschädigendes Pack wie Behinderte, psychisch Kranke, Kommunisten und Schwule. Wer wird uns schützen? Etwa die SozialdemokratInnen, die auch in der Vergangenheit nie einen Finger für uns gerührt haben und dem jahrzehntelang durchgeführten Ausrottungsprogramm der Pro Juventute tatenlos zusahen? Wo werden sie sein, wenn die ersten Zigeunergetthos auch in der Schweiz entstehen oder ganze Gruppen nomadisierender Menschen dunklerer Hautfarbe von der sesshaften Bevölkerung schickaniert und terrorisiert werden? Der Emser Polizeichef Hasler hat vor ein paar Monaten bereits öffentlich demonstriert, wie tief die Hemmschwelle bereits gesunken ist. Man darf Zigeuner bereits hinter Stacheldraht wünschen, im rassistisch verseuchten Gehirn von bewaffneten Soldaten bewachen und - Ende gut alles gut - schliesslich aushungern lassen. Dieses Europa, nein danke.

Auch ich habe, wie viele vernunftbegabte menschliche Wesen, von einem vereinten Europa, ja, von einer geeinten Welt in Frieden und Eintracht geträumt. Dieses, nun auf dem Papier entstandene, geldgierige, parteiische, machthungrige Europa will ich nicht, es würde den Traum zerstören, der mich noch immer zu schreiben zwingt, den Traum von einer Welt, in der endlich die sozialistische Idee den Sieg erringt, über Machtgeier und deren Kollaboratuere, zu denen heute offensichtlich auch ein Teil der Sozialdemokratie gehört. Ich will ihn wider alle realistische Einschätzung weiterträumen, meinen Traum, und sei es auch nur um der Gnade willen, nicht schuldig werden zu müssen.

Den wirklichen Ewiggestrigen übrigens sei es, abschliessend, ins "Vergissmeinnicht" geschrieben: Die letzten Nomaden Europas unterscheiden sich in ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht wesentlich von jener sesshaften Bevölkerung, die man gemeinhin die arme, oder die unterprivilegierte Bevölkerung nennt. Was uns geschieht wird auch ihnen zustossen, ganz in Eintracht mit der calvinistischen Maxime, wer arm ist, war Gott nicht wohlgefällig, also schuldig. Das zukünftige Europa wird diesen Gott wohl oft bemühen müssen.

EWR-Beitritt - der falsche Weg:

Wirtschaftspolitik auf dem Buckel der sozial Schwachen

Von Nationalrätin Christine Goll, Zürich (FraP)

Beim EWR handelt es sich um einen einseitig ausgestalteten Geschäftsvertrag. Wer von "Integration" oder "Öffnung" spricht, versucht, darüber hinwegzutäuschen. Ziel des EWR ist die Stärkung und das Wachstum der europäischen Wirtschaft in Konkurrenz zu allen übrigen Teilen der Welt. Diese Form des Wirtschaftens funktioniert nur in einem Ausbeutungsverhältnis - auf Kosten der wirtschaftlich Schwachen, der Frauen, der Natur und der Länder des armen Südens und Ostens. Was ein Beitritt, bzw. ein Nicht-Beitritt bewirken würde, darüber kann vorläufig nur spekuliert werden. Selbst das prognostizierte Wirtschaftswachstum ist nichts anderes als Spekulation. Ich möchte nicht dazugehören, wenn es darum geht, den Reichtum unter den Reichen besser zu verteilen. Die Konkurrenz zwischen Wirtschaftsmächten (in diesem Fall Japan, USA und "Europa") wird auch den Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt verstärken.

Eine grundsätzliche Meinung zum EWR kann sich Jede und Jeder bilden, ohne all die Papierberge gelesen und sich in alle Details der parlamentarischen Beratungen verirrt zu haben. Scheinbare Errungenschaften aus dem EWR-Gesetzes-Dschungel stelle ich in Frage: Bei den viel Freizügigkeiten (Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen) geht es nicht um Freiheit. Frei sind nicht Menschen, sondern frei ist einzig und allein die Marktwirtschaft.

Frauen wird derzeit der EWR-Beitritt mit der Übernahme der EG-Gleichstellungsrichtlinien schmackhaft gemacht. Hier stellt sich die Frage, ob ihnen damit eine Verbesserung ihrer sozialen Situation nicht einfach nur vorgespiegelt wird, während sich faktisch ihre Lebenssituation verschlechtert. In allen EG-Ländern hat sich das Wohlstandsgefälle zwischen Männern und Frauen vergrößert. Ein Wirtschaftsprojekt, das Frauen weiterhin als Manövriermasse vorsieht, kann niemals ein Gewinn für Frauen sein.

Gesetzliche Absicherungen gegen Lohn- und Sozialdumping hatten im Parlament keine Chance. Überwiesen wurden lediglich zwei Motionen, die

bisher nichts anderes als Absichtserklärungen sind. Beim Gesetz über den Personalverleih müssen nur die minimalsten Anforderungen des schweizerischen Arbeitsrechts eingehalten werden. Grundsätzlich bleibt dabei die Frage, ob Temporärfirmen als eine Form des modernen Sklavenhandels legitimiert werden sollen. Die Mitwirkungsrechte für ArbeitnehmerInnen werden mehr als überbewertet. Von der Abschaffung des unmenschlichen Saisonierstatus zu sprechen ist unzulässig, denn das Wirtschaften auf Pump von "billigen" Arbeitskräften ausserhalb des ausgewählten EG-Raumes kann weitergehen. Freizügigkeit gilt weder für BürgerInnen aus Drittländern, noch für Arbeitslose, noch für Frauen nach einer Scheidung. Und das wären dann auch die neuen Saisoniers in der Schweiz und in Europa ...

Soziale Gerechtigkeit ist heute keine Wirklichkeit. Angesichts der herrschenden Zustände bedeutet ein Ja zum EWR auch ein Ja zur Fortsetzung einer ungerechten Wirtschaftspolitik auf dem Buckel der sozial Schwächsten. Der Kampf für Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit lässt sich nicht an die nächst obere Ebene ("nach Europa") delegieren. Mein Nein zum EWR ist ein Nein zur weiteren Ausbeutung einer Mehrheit durch eine Minderheit und ein Ja zu einer weiterführende Diskussion über gesellschaftspolitische Veränderungen, die Solidarität und die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen in den Vordergrund stellen.

**Abstimmungskomitee des ökologisch-sozialen Spektrums
gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum**

EWR - Pressedienst

Inhaltsverzeichnis	Seiten
Zum EWR-Beitritt ein paar persönliche Erwägungen von Sibylle Birkenmeier, selbständige SchauspielerIn, Basel	1 - 2
EWR ? EG? von Dimitri, Clown, Verscio	3

11. November 1992 / Nr. 5

*Sekretariat: Marienstrasse 11, 3005 Bern
Tel. 031 44 14 41 - Fax 031 44 14 08*

EWR-Beitritt - der falsche Weg:

Zum EWR-Beitritt ein paar persönliche Erwägungen

Von Sibylle Birkenmeier, selbständige SchauspielerIn, Basel

Mein Mann ist Pole.

Ich wohne im Elsass.

Ich arbeite im deutschsprachigen Raum (CH, Deutschland, Österreich). Meine beruflichen Freunde und Inspirationen habe ich aus meinen regelmässigen Kontakten mit Holland, Frankreich und England. Mein Lebensraum ist Europa, die Schweiz ist mir längst zu klein geworden. Ich bin auch politisch vital an Europa interessiert (ich denke an die täglichen Fahrten über die Zölle und die lästige Situation, nachts um 2 Uhr zwei Zollbeamten ausgeliefert zu sein, die es nicht fassen können, dass meine Requisiten im Auto mein persönliches Reisegepäck sind...). Ich wünsche mir Europa auf einem zeitgemässen Niveau.

Damit meine ich, dass Europa nicht unter der despotischen Fuchtel eines reinen Wirtschaftsvertrages stattfinden soll, der vor politischen und kulturellen Herausforderungen kapitulieren muss. Der EWR-Vertrag hinkt seiner Zeit hinterher, weil er nur Gesichtspunkte der Wirtschaft berücksichtigt, und solange die Ethik der Wirtschaftskapitäne noch so augenfällig strotzt von schnittig daherkommenden Einfaltspinselien, kann ich als Frau und freischaffende Künstlerin mit einer klaren Sehnsucht nach einem sozialen und nicht nur merkantil offenen Europa nur sagen:

Ja zu Europa und Nein zu einem Eintritt der Schweiz in den EWR. Denn gerade der Aspekt des Geschäftemachens ohne das geringste Interesse am Partner hat man von freundlichen CH-Geschäftsherren als weltweites Markenzeichen immer wieder mit Peinlichkeit beobachten können.

Natürlich läge es nahe, dass die Schweiz ihre Verbindung mit Europa genau über diese kapitalistisch egoistische Schiene sucht. Ich sehe die Aufgabe der Schweiz eher darin, eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft anzustreben und diese dann mit den anderen Mitgliedstaaten gemeinsam weiterzuentwickeln und der europäischen Demokratie eine Form zu geben, die ausgewogen auch sozial und ökologisch den Herausforderungen und kontinentalen Erfordernissen in Zukunft eher gerecht wird.

Wieso, frage ich mich immer wieder, werden eigentlich die Ostländer, die geographisch gesehen durchaus zu Europa gehören würden, nicht einbezogen in eine europäische Wirtschaftsordnung? Diese Länder wären doch darauf angewiesen, mit uns sog. Hochzivilisierten wirtschaftlich sich zu verbünden, allerdings nicht im Sinne einer gegenseitigen Ausbeutung. Von solchen Ideen sind wir jedoch noch so weit entfernt, dass so eine Frage im jetzigen Klima beinahe lächerlich klingt.

Das geistige Klima, das die EWR-Vertragswerke prägt, ist reiner pragmatischer Materialismus. Jedenfalls ist dieser zwar im Umfang mächtige Vertrag voller Anachronismen, aus einem Denken geboren, das ins letzte Jahrhundert gehört. So können wir nicht dem gegenwärtigen Gefahren der Gegenwart begegnen. Ein paar Beispiele dazu: Die Frauen können ihre mühsam errungenen Rechte wieder vergessen, entfesselter Verkehr, wieder Freigabe von vielen längst verbotenen Chemikalien, Gentechnologie mit unserer Nahrung, Medikamenten und am Menschen selbst. Einschränkung der Therapievelfalt, insbesondere komplementäre Heilverfahren, Vereinheitlichung der Heilmittelkontrolle, Zwang zu Tierversuchen usw. (Details im Referat Rudolf Hafner, Nationalrat Bern, an der Pressekonferenz unseres Komitees).

Es fällt beinahe schwer, diese verwirrten EWR-Jet-set-Typen für ihr Werk verantwortlich zu machen. Denn sie sind eine weltweite Kaste von Kofferchen tragenden Sozialfällen, die wie Maikäfer auf dem Rücken liegend in der schaumigen Oberschicht dieser geschlossenen Sekte hilflos herumpaddeln und immer an ihrem sadomasochistischen Weltbild hängenbleiben (die Realität ist hart und mit Härte ist ihr beizukommen, sie mag es vergewaltigt zu werden). Diese vielleicht überspitzt klingenden Formulierungen sind nicht ausgedacht. Sie beruhen auf Beobachtungen und Gesprächen mit Maikäfern in Not in Zügen, Flugzeug und Hotels.

Wenn ich Interviews sehe mit Wirtschaftsräumlern, überfällt mich immer wieder die Frage: In diesem Gesicht ... wer ist hier zu Hause??, und die Antwort fällt zu oft so aus ... unverkennbar "Niemand, da ist gerade niemand zu Hause".

Mister Nobody darf nicht zum Prototypen für das zukünftige Gesicht Europas werden.

Dimitri CLOWN

Verscio, 19.10.1992

EWR? EG?

Da es für mich sowieso klar ist, dass wir durch den EWR nur in die EG hineingezogen werden, spreche ich jetzt nur von einer möglichen EG-Situation.

Dass sich die europäischen Länder in vielen Dingen an gleiche Regeln halten sollten, ist unbestritten, vor allem was Umwelt- und Menschenrechtsfragen betrifft. Aber es gibt keinen Grund, alles zu nivellieren und gleich zu machen. Z.B. überall die gleichen Schulgesetze? Oder eine von Brüssel diktierte Kulturpolitik? Nein danke!

Ich bin kein Hurra-Patriot und weiss Gott kein "Rechter", aber ich finde, unser demokratisches System hat sich zu gut bewährt, um es einem trägen Europagesetz zu unterwerfen. Man findet auch immer wieder neue Haken in diesen EG-Verträgen. Zum Beispiel hätten wir nicht mehr viel zur Gen-Manipulation zu sagen.

Es gefällt mir auch nicht, dass wir sozusagen auf Knien diesen Beitritt in das hochillustre "Europa" erflehen sollen. Und eine andere Frage: was wäre denn mit den armen, kleinen Ländchen, die nicht die Ehre und das Glück haben, in die EG aufgenommen zu werden? - Randgebiete.

Ich selbst betreibe "Europa" schon so lange, wie es die EG gibt, künstlerisch und menschlich. Ich bin sicher, es gibt andere Methoden, europäisch zu sein, als EWG, EWS, EWR, EG....

Ich habe Freunde in Italien, Bio-Bauern, die keine Kühe haben dürfen, weil die Kühe in Holland fabriziert werden. Sie werden zudem vom Staat bezahlt, wenn sie gewisse Felder NICHT bebauen. Das ist EG!

Und noch etwas, das mich an dieser ganzen EWR-Propaganda stört: man wird geradezu gezwungen, ja zu sagen und schämt sich fast, dagegen zu sein. Die Bevölkerung wird sehr einseitig und mangelhaft informiert. Es wird praktisch nur von "Business" und "verpassten Chancen" geredet, falls wir nein sagen würden; aber von Kultur, Menschlichkeit, Menschenrechten und Rettung der Umwelt spricht man kaum. Was kann die EG in Bosnien ausrichten? Herzlich wenig. Könnte sie mehr, wenn wir dabei wären? Ich zweifle.

Dimitri Clown

